Der linke Kampf gegen das Christentum – eine europäische Bestandsaufnahme mit Fokus auf Deutschland und Österreich

von Heiner Dietrich

Während weltweite Christenverfolgung traurige Realität ist, gerät die Religionsfreiheit für Christen auch mitten in Europa zunehmend unter Druck. In Medien, Kulturbetrieb und Politik dominiert ein Klima, das von einseitiger Verachtung bis hin zu offener Gewalt reicht. Ein Blick auf die Ursachen – und warum das Schweigen der Mehrheitsgesellschaft die Grundlagen unseres Zusammenlebens gefährdet. Tatsächliche Hasskriminalität gegen Christen ist eine verdrängte Realität. Es kann etwas getan werden kann – es gibt Handlungsempfehlungen.

Nach Angaben des internationalen christlichen Hilfswerks *Open Doors* herrscht gegenwärtig „die größte Christenverfolgung aller Zeiten".[1] Mit mehr als 388 Millionen Betroffenen, die aufgrund ihres Glaubens starker Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind, gilt das Christentum als die am intensivsten verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit; statistisch betrifft dies etwa jeden siebten Christen.[2] Während global betrachtet diese Repressionen aktuell primär von islamistisch geprägten Akteuren ausgehen, weisen auch kommunistische Staaten wie China und Nordkorea ausgeprägte antichristliche Tendenzen – bis hin zu radikaler Verfolgung – auf.[3]

Im traditionell christlich geprägten Europa – insbesondere im System der liberalen Demokratie mit dem garantierten Grundrecht auf Religionsfreiheit – scheinen diese Zustände zunächst unvorstellbar. Hierbei gilt es jedoch mehrere Feststellungen zu machen. Die Anzahl der Menschen in Europa, die den christlichen Glauben aktiv praktizieren, ist mittlerweile marginalisiert.[4] Das lebensprägende Element des Christentums ist nicht mehr vorhanden wie bei früheren Generationen, was sich beispielsweise an den Gottesdienstbesucherzahlen feststellen lässt.[5] Zu diesem geschwächten Christentum treten zwei zusätzliche Dynamiken hinzu: Zum einen wird durch die Einwanderung von Menschen aus islamisch geprägten Ländern auch deren kulturelle und religiöse Sozialisation importiert, was potenziell mit christenfeindlichen Einstellungen und Taten einhergehen kann. Zum anderen zeigten sich in den letzten Jahren vermehrt Agitationen aus dem linken bis linksextremen Milieu, die sich direkt gegen christliche Institutionen oder das Christentum als solches richten. Die mangelnde öffentliche Wahrnehmung von Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen und ein zunehmend

[1] Open Doors Deutschland: *Christenverfolgung weltweit*. https://www.opendoors.de/christenverfolgung (abgerufen am 01.07.2026).
[2] Open Doors International: *World Watch List 2026 – Countries*. https://www.opendoors.org/en-US/persecution/countries/ (abgerufen am 01.07.2026).
[3] Dies wird aus dem Weltverfolgungsindex von Open Doors sowie den weiterführenden Informationen zu den einzelnen Ländern deutlich. Die marxistisch-leninistische Ideologie betrachtet Religion grundsätzlich als mit der kommunistischen Gesellschaftsordnung unvereinbar und strebt daher langfristig ihre gesellschaftliche Überwindung bzw. Beseitigung an. Die Sowjetunion ist ein gut erforschtes Beispiel, in welcher diese ideologische Zielsetzung in grausamste systematische Christenverfolgung mündete.
[4] Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) trifft dies auf nur rund 5 % der Bevölkerung in Deutschland zu. Vgl. Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid): *Religionszugehörigkeiten 2024*, 02.04.2025, https://fowid.de/meldung/religionszugehoerigkeiten-2024 (abgerufen am 01.07.2026).
[5] Laut der jüngsten Kirchenstatistik liegt der regelmäßige Gottesdienstbesuch in Deutschland bei 6,8 % der katholischen Kirchenmitglieder, bei den evangelischen Kirchen sind es knapp 3 %. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung gehört überhaupt noch einer der beiden „Volkskirchen" an. Vgl. Deutsche Bischofskonferenz: *Kirchenstatistik 2024*, 27.03.2025, https://www.dbk.de/presse/kirchenstatistik-2024 (abgerufen am 01.07.2026); Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): *Kirche in Zahlen* (aktuelle Kirchenstatistik), https://www.ekd.de/statistik (abgerufen am 01.07.2026).

christenfeindliches Gesellschaftsklima lassen die freie Religionsausübung mehr und mehr unter Druck geraten, wie dieser Artikel zeigen wird.

Es gilt gleich zu Beginn festzuhalten, dass diese Tendenzen eine Gefahr für die liberale Demokratie als solche darstellen: Der Menschenrechtsanwalt Dr. Felix Böllmann von *Alliance Defending Freedom* (ADF) sagt dazu, dass Religions- und Meinungsfreiheit jeden schütze, der eine Überzeugung hat und sie friedlich äußern will. Wenn heute christliche Positionen unter Druck geraten, kann morgen jede andere Meinung betroffen sein, so der Anwalt. In diesem Zusammenhang spricht er davon, dass sich die Situation für Christen in Deutschland mittlerweile spürbar verändert hat und verweist dabei nicht nur auf ansteigende Gewalttaten gegen Christen, sondern auch darauf, dass sich gesamtgesellschaftlich und politisch das Klima zulasten von Christen verschlechtert hat.[6] Dieses postulierte Phänomen soll im Folgenden näher erforscht werden.

Warnungen vor zunehmender Christenfeindlichkeit in Europa und statistische Indizien

Der jährliche Bericht des *Observatory for Intolerance and Discrimination against Christians* (OIDAC) warnt, dass sich in Europa ein Klima wachsender Intoleranz gegen Christen breitmache. In Polen, einem der (noch) christlichsten Länder in Europa – mit einem vergleichsweise geringen Anteil an Muslimen – erfuhren nach einer Umfrage rund die Hälfte aller Priester im Jahr 2025 Aggressionen. Diese werden häufig nicht zur Anzeige gebracht und tauchen somit auch nicht in Statistiken auf. Trotzdem ist ein dramatischer Anstieg der Gewalt und Diskriminierung gegen Christen festzustellen. Europaweit gibt es mittlerweile mehr als 1000 antichristliche Hassverbrechen jährlich, wobei statistisch auch aus systemischen Gründen viele Fälle nicht erfasst werden. Nur vierzehn Staaten in Europa erfassten im Jahr 2024 die Kategorie „antichristliche Hassverbrechen".[7] Und auch trotz der Kategorie können die registrierten Zahlen weitaus zu niedrig sein, wie in Deutschland zu sehen ist.

In Deutschland haben sich Brandstiftungen mit antichristlichem Kontext von 2024 auf 2025 um 100 Prozent gesteigert, wobei die absolute Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte. Antichristliche Hassverbrechen werden in Deutschland aktuell nur im Rahmen der politisch motivierten Kriminalität erfasst und tauchen nicht in der Statistik auf, solange kein eindeutig politisches Motiv feststellbar ist. Somit werden viele Angriffe auf Kirchen lediglich als Sachbeschädigung gewertet und nicht als antichristliches Hassverbrechen. OIDAC-Direktorin Anja Tang berichtet, dass die Polizei 2023 keine antichristlich motivierten Brandstiftungen meldete, während OIDAC zwölf Fälle registrierte.[8] In Hanau ist am 17.05.2026 während eines Gottesdienstes eine Kirche mit Stahlkugeln beschossen worden. Nachher hieß es, die Polizei ermittle wegen Sachbeschädigung und habe bisher keine Anhaltspunkte für einen religiösen Hintergrund.[9]

OIDAC fordert deshalb eine eigene Kategorie Christenfeindlichkeit in der Kriminalitätsstatistik, damit solche Taten zukünftig umfassend dokumentiert werden. Die EU-Bischofskommission COMECE hat jüngst wegen der steigenden Vorfälle einen eigenen EU-Koordinator zur Bekämpfung von Christenhass und zum Schutz der Gläubigen gefordert.[10] Ende Mai 2026 fand ein von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) initiiertes Expertentreffen statt, um den Sicherheitsbedürfnissen christlicher Gemeinschaften Rechnung zu tragen und auf antichristliche Hassverbrechen zu reagieren. Rund 30 Experten hoben die verdeckte Verfolgung von Christen in Europa hervor, insbesondere von ehemaligen

[6] Sandro Serafin: *Heute geraten christliche Positionen in Bedrängnis – und morgen jede andere Meinung* (Interview mit Felix Böllmann), in: *Junge Freiheit*, 07.05.2026, https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2026/heute-geraten-christliche-positionen-in-bedraengnis-und-morgen-jede-andere-meinung/ (abgerufen am 01.07.2026).

[7] OSCE: *Anti-Christian hate crime.* https://hatecrime.osce.org/anti-christian-hate-crime?year=2024 (abgerufen am 25.08.2026)

[8] Vgl. Franziska Harter: *Übergriffe auf Christen in Europa nehmen zu*, in: *Die Tagespost*, 17.11.2025, https://www.die-tagespost.de/politik/uebergriffe-auf-christen-in-europa-nehmen-zu-art-269253 (abgerufen am 01.07.2026).

[9] Vgl. Deutschlandfunk: *OIDAC: Christenfeindlichkeit in Deutschland wird unterschätzt*, 26.05.2026, https://www.deutschlandfunk.de/oidac-christentumfeindlichkeit-in-deutschland-wird-unterschaetzt-106.html (abgerufen am 01.07.2026). Da viele Sachbeschädigungen nicht als antichristlich/PMK gezählt werden, wäre es interessant näher zu erforschen, wie die absoluten Zahlen von Sachbeschädigungen in Synagogen und Moscheen aussehen. Wie viele Sachbeschädigungen gibt es in Synagogen, die nicht als antisemitisch und damit als nicht Hasskriminalität eingestuft werden?

[10] Katholisch.de (KNA): *EU-Bischöfe fordern Kampf gegen Christenfeindlichkeit in Europa*, 20.11.2025, https://katholisch.de/artikel/65800-eu-bischoefe-fordern-kampf-gegen-christenfeindlichkeit-in-europa (abgerufen am 01.07.2026). Ein Äquivalent zur Bekämpfung von Islamhass existiert, obwohl die offiziellen Zahlen sogar geringer sind als diejenigen der (unterschätzten) antichristlichen Straftaten.

Muslimen, Pro-Life-Aktivisten, Asylbewerbern und Mitgliedern von Kirchen aus ethnischen Minderheiten.[11]

So viel zur Brisanz des Phänomens. Dieser Beitrag analysiert ergänzend hierzu die Ursachen für den starken Anstieg antichristlicher Vorfälle. Dabei wird die These vertreten, dass die zunehmenden Straf- und Gewalttaten gegen Christen kein isoliertes Phänomen sind. Vielmehr wurden sie durch das politische, kulturelle und mediale Klima der vergangenen Jahre begünstigt. Die Untersuchung konzentriert sich insbesondere auf die Rolle linker Ideologien in Medien, Kultur und Politik und zeigt abschließend anhand von Beispielen bei linksextremen Akteuren auf, wie diese Ideologie zu Straftaten gegen Christen führen kann.

Medial einseitige Berichterstattung und Framing gegen Christen

Die Statistik der Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität des BKA 2025 zeigt, dass Kirchen in Deutschland im Vergleich zu Moscheen und Synagogen weitaus häufiger als Angriffsziel dienen.[12] Diese Tatsachen spiegeln sich allerdings keineswegs in der medialen Berichterstattung wider, da Gewalt gegen christliche Einrichtungen und Christenfeindlichkeit kaum Beachtung findet. Islamophobie und Antisemitismus hingegen werden in der medialen Wahrnehmung als enorme gesellschaftliche Probleme thematisiert. Auch die weltweite, teils blutige Christenverfolgung wird selten aufgegriffen. Eine wissenschaftliche Auswertung von Medienberichten des *International Institute for Religious Freedom* (IIRF) zeigt, dass die meisten Zeitungen das Thema Christenverfolgung kaum aufgreifen; das mediale Interesse ist als unangemessen gering zu bewerten – insbesondere angesichts der globalen Dimension des Problems und der Vielzahl betroffener Personen, so die Schlussfolgerung.[13] Der syrisch-katholische Erzbischof Casmoussa aus Mossul sagte hierzu:

> „Man sollte meinen, dass nichts der Aufmerksamkeit der Medien entgeht. Nur selten aber erfahren wir etwas über eine sehr ernste Sache: nämlich über die Not, die Menschen erleiden müssen wegen ihres religiösen Glaubens. [...] Die Christenverfolgung in unserer heutigen Zeit hat sich zu einer wahren Katastrophe entwickelt. Die Medien haben diese Katastrophe bislang weitgehend ignoriert, fast so, als sei hier eine Nachrichtensperre verhängt worden."[14]

Selbst brutale Mordverbrechen in Nachbarländern scheinen bei Medienmachern nicht von Interesse zu sein, wenn Opfer und Täter nicht dem gewünschten Bild entsprechen. Der assyrische Christ Ashur Sarnaya floh 2014 vor dem „Islamischen Staat" aus dem Irak nach Frankreich. Allerdings hatte er mit Frankreich anscheinend kein Land gewählt, welches ausreichenden Schutz vor Christenverfolgung garantiert. Am 10. September 2025 wurde Sarnaya erstochen, mutmaßlich von einem muslimischen Algerier. Das Opfer saß in einem Rollstuhl und sprach gerade per Stream über den christlichen Glauben, als der Täter ihm von hinten in den Hals stach. Sarnaya war für seine TikTok-Livestreams bekannt, in denen er auch Kritik am Islam äußerte.[15] In deutschen Mainstream-Medien wurde es als nicht nötig erachtet, dieses dramatische Ereignis im Nachbarland überhaupt zu thematisieren.[16]

Medienhäuser scheinen nicht nur kein ausgeprägtes Interesse an Berichten zu Christenfeindlichkeit zu haben, sondern vielmehr vom Anliegen beseelt zu sein, kritische Artikel zu christlichen Institutionen zu publizieren. Eine Studie aus dem Jahr 2021 zur Darstellung der katholischen und evangelischen Kirche in der Tagesschau kommt zum Schluss, dass in der Berichterstattung die Relevanz der beiden Kirchen in den vergangenen 20 Jahren zwar nicht abgenommen hat, die Tendenz im Laufe der Jahre allerdings signifikant negativer geworden ist. Die (lehrmäßig konservativer ausgerichtete) katholische Kirche wird zudem wesentlich negativer dargestellt und stärker kritisiert als die evangelische.[17] Die Initiative *Christenschutz*, die sich für den

[11] Francis-George Sarpédon: *L'OSCE s'inquiète de la montée de la christianophobie en Europe*, in: *Evangeliques.info*, 24.06.2026, https://www.evangeliques.info/2026/06/24/discrimination-chretiens-europe/ (abgerufen am 01.07.2026)
[12] BMI / BKA: *Bundesweite Fallzahlen 2025 – Politisch motivierte Kriminalität (PMK). Factsheet*, 2026, abrufbar über: Bundeskriminalamt / Bundesministerium des Innern (abgerufen am 01.07.2026).
[13] Sina Hartert: *Berichterstattung über Christenverfolgung*, in: International Institute for Religious Freedom (IIRF), *IIRF Reports*, Vol. 13 (2024/1), 2024.
[14] Ebd.
[15] Alexander Folz: *Aus Irak geflohener Christ während TikTok-Livestream in Lyon brutal ermordet*, in: Catholic News Agency Deutsch (CNA Deutsch), 16.09.2025, https://de.catholicnewsagency.com/news/21355/aus-irak-geflohener-christ-wahrend-tiktok-livestream-in-lyon-brutal-ermordet (abgerufen am 01.07.2026).
[16] Es konnten nach Recherche lediglich Artikel von katholischen oder sogenannten alternativen Medien zu diesem Vorfall gefunden werden, aber keine der sogenannten „Mainstream-Medien".
[17] Hannah Thielmann, Markus Schäfer: *Die Darstellung der katholischen und evangelischen Kirche in der Tagesschau*, in: *Publizistik*, Bd. 66, Heft 3–4 (2021), S. 513–536,

Schutz und die Interessen der Christen in Deutschland und Europa einsetzt, appellierte 2022 für ein Ende der – laut der Initiative – tendenziösen bis offen christenfeindlichen Berichterstattung in den Medien, wo Christen bloßgestellt, lächerlich gemacht und nicht selten sogar als Radikale denunziert würden.[18]

Wer medial nicht in den Tenor der Kirchenkritik und Christenskepsis einsteigt, gar positiv von christlichen Werten und Traditionen schreibt oder der weltweiten Christenverfolgung vermehrt Sendezeit einräumt, wird offenbar schnell als „rechts" oder „faschistisch" gebrandmarkt.[19] Dies lässt sich aus dem Ergebnis einer Befragung von Medienschaffenden durch das IIRF schließen:

> „Ein Grund für die Zurückhaltung von Journalisten bei Themen wie Religionsfreiheit und Christenverfolgung könnte laut den befragten Redakteuren auch in der Befürchtung bestehen, mit rechtspopulistischen oder gar -extremen Bewegungen in Verbindung gebracht zu werden."[20]

Aus einer weiteren Studie der *TU Dortmund* geht die politisch linke Gesinnung des Großteils von Journalisten hervor: 41 % der befragten Journalisten stehen den Grünen nahe, 16 % der SPD (im Vergleich: nur 8 % der CDU, 0 % der AfD).[21] Es lässt sich interpretieren, dass hinter den Aspekten des Desinteresses gegenüber christlichem Leid und der negativen Berichterstattung über christliche Institutionen linksideologische Gründe verortet werden können.

Die medialen Darstellungen äußern sich des Weiteren in dezidiertem Framing gläubiger Christen als „erzkonservativ", „queerfeindlich" und „fundamentalistisch", um sie schließlich in einem Atemzug mit rechtsextremen Ideologien zu nennen.[22] Dies betrifft vor allem Katholiken, aber auch protestantische Freikirchler, welche an einer traditionellen Ausrichtung ihres Glaubens festhalten, keine vorbehaltlose Akzeptanz des Zeitgeistes zeigen und ihren Glauben öffentlich bekennen. Zum Beispiel wird betenden Fußballspielern wie dem deutschen Nationalspieler Nmecha von der TAZ ein „finsteres Menschenbild" attestiert.[23] Auch 2025 warnte die Tagesschau vor christlichen Fußballern, die ihren Glauben bezeugten, was der CDU-Politiker Johannes Volkmann als pauschale Problematisierung christlicher Glaubensüberzeugungen bezeichnet hat.[24] Der Bericht wurde daraufhin gelöscht, seitdem sind allerdings mehrere Medienberichte veröffentlicht worden, die in ähnlicher Manier Framing betreiben.[25] Ein Beispiel bietet der Film: „Radikale Christen in Deutschland – Kreuzzug von Rechts", der am 09.12.2025 bei WDR Monitor veröffentlicht wurde.[26] Die Redaktionsleitung hatte Georg Restle inne, der in der

https://doi.org/10.1007/s11616-021-00687-8 (abgerufen am 01.07.2026).

[18] Initiative Christenschutz: *Christenfeindlichkeit in den Medien beenden*, 06.09.2022, https://www.christenschutz.de/christenfeindlichkeit-in-den-medien-beenden/ (abgerufen am 01.07.2026).

[19] Hierzu ein Zitat von FDP-Politiker Martin Hagen: „Über viele Jahre hinweg [wurde] jede Position, die rechts vom Realo-Flügel der Grünen angesiedelt war, als rechtsradikal diffamiert" aus Stefan Laurin*: Die kulturelle Hegemonie, der politische Zeitgeist sind oft entscheidender als die Frage, welche Partei gerade den Kanzler stellt,* in*: Ruhrbarone,* 20.10.2025, *https://www.ruhrbarone.de/die-kulturelle-hegemonie-der-politische-zeitgeist-sind-oft-entscheidender-als-die-frage-welche-partei-grade-den-kanzler-stellt/252468/ (abgerufen am 20.08.2026).*

[20] Sina Hartert: *Berichterstattung über Christenverfolgung*, in: International Institute for Religious Freedom (IIRF), *IIRF Reports*, Vol. 13 (2024/1), 2024.

[21] TU Dortmund, Institut für Journalistik: *Studie „Journalismus und Demokratie – Ergebnisse der Journalistenbefragung 2024*", 2024. https://www.journalismusstudie.fb15.tu-dortmund.de (abgerufen am 01.07.2026).

[22] In diese Kerbe schlugen auch die Grünen mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung 2026, wo sogenannte christliche „Fundamentalisten" wie beispielsweise Lebensschützer in Verbindung zum Rechtsextremismus gesetzt werden sollten. Vgl. Deutscher Bundestag: *Drucksache 21/6166, 21. Wahlperiode: Kleine Anfrage der Abgeordneten Marlene Schönberger u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mögliche Verbindungen zwischen christlichem Fundamentalismus und Rechtsextremismus in Deutschland*, 29.05.2026, https://dserver.bundestag.de/btd/21/061/2106166.pdf (abgerufen am 01.07.2026).

[23] Andreas Rüttenauer: *Fußballprofi mit Christusfimmel: Platzverweis für Jesus!*, in: *taz – die tageszeitung*, 15.06.2026, https://taz.de/Fussballprofi-mit-Christusfimmel/!6187200/ (abgerufen am 01.07.2026).

[24] Axel Spilcker: *„Tagesschau" überarbeitet Beitrag über religiöse Fußball-Influencer – Video gelöscht*, in: *Welt*, 30.07.2025, https://www.welt.de/sport/article6889e0378f091c7c8852ea57/Tagesschau-ueberarbeitet-Beitrag-ueber-religioese-Fussball-Influencer-Video-geloescht.html (abgerufen am 01.07.2026).

[25] Eine Auswahl von Berichten, die genau dieses Framing bedienen findet sich u. a. in: *So radikal sind Christfluencer*, in: *Die da oben!*, https://www.youtube.com/watch?v=UhuPWUPr-MI; *Radikale Christen und ihr Griff nach der Macht?*, in: *ProSieben*, *Ganze Folge*, https://www.youtube.com/watch?v=ZG4RPyn2G5g; *Jesus Glow und Bibelverse: Sind Christfluencer gefährlich? (13 Fragen / UNBUBBLE)*, in: *ZDF*, https://www.youtube.com/watch?v=cWPNMbGODR4 (alle abgerufen am 01.07.2026).

[26] WDR / *Monitor*: *Radikale Christen in Deutschland: Kreuzzug von rechts*, 2025, https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/radikale-christen-in-deutschland-kreuzzug-von-rechts-100.html (abgerufen am 01.07.2026).

Vergangenheit für das Antifa-nahe *Radio Dreyeckland*[27] arbeitete, welches Verteidigungsschriften für die Plattform „linksunten.indymedia" veröffentlichte, wo das linke Medienportal zum Opfer des „braunen Berliner Staatsschutz" stilisiert wurde.[28] Linksunten indymedia wurde 2017 im Zuge der G20-Proteste verboten, da dort immer wieder Gewaltaufrufe gegen Polizisten veröffentlicht wurden. 2023 fand deshalb bei dem Radiosender sogar eine Hausdurchsuchung statt.[29] Restle hat sich nie von seiner Tätigkeit bei dem Sender distanziert. Falls Restle seine politische Haltung seit seiner Tätigkeit beim „Antifa-Radio" nicht fundamental geändert hat, liegt auch hier die Interpretation nahe, dass politisch linke Einstellung und das Framing von konservativen Christen als „rechtsextrem" in Medienberichten zusammenhängen.

Neben einseitiger Kritik und Framing sind zunehmend offene Verachtung und Häme medial feststellbar. In antikatholischer Manier titelte das ZDF am 4. Juni 2026 zum katholischen Hochfest Fronleichnam im Morgen-Newsletter mit dem beleidigenden Ausdruck „Happy Kadaver".[30] Der SWR fragte in einer Dokumentation eine junge katholische Ordensschwester „Was machst du, wenn du wirklich horny bist?", was an Respekt- und Geschmacklosigkeit kaum zu übertreffen ist.[31] Es ist im Allgemeinen fraglich, inwiefern diese offene Verachtung des Christentums dem gesellschaftlichen Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien gerecht wird. Ob sich solche Eskalationen in der Medienlandschaft zukünftig noch steigern werden, bleibt abzuwarten.

Das Auftreten christenfeindlicher Tendenzen im öffentlichen Raum ist kein neues Phänomen: Bereits im Jahr 2013 konstatierte Kardinal Joachim Meisner einen wachsenden Vorbehalt gegenüber Katholiken in der deutschen Gesellschaft und betonte, keine andere Konfession werde „derart gezielt öffentlich angegriffen wie die katholische Kirche".[32] Seither lässt sich eine qualitative Verschärfung feststellen, wie die jüngsten Fallbeispiele nahelegen. Untermauert wird diese Entwicklung durch eine aktuelle repräsentative Umfrage, nach der knapp die Hälfte der Befragten unter 29 Jahren feindliche Einstellungen gegenüber Christen als „weit verbreitet" wahrnimmt.[33] Da die öffentliche Meinung durch Medien maßgeblich beeinflusst wird, ist eine Mitverantwortung nicht von der Hand zu weisen.

Verspottung christlicher Glaubensinhalte in Kunst und Musik

Christentumsfeindliche Züge zeigen sich nicht nur in Berichterstattung und Framing der Medien, sondern auch im Kulturbetrieb. Wenn sich Häme und Verachtung im Sinne einer „künstlerischen Freiheit" in vergleichbarem Maße an anderen Religionen wie dem Islam oder dem Judentum zeigen würden, könnte Christenfeindlichkeit schlecht als Argument vorgebracht werden. Allerdings beschränken sich „religionskritische" Darstellungen in den meisten Fällen auf das Christentum. Während beim Judentum historische Verantwortung (Antisemitismus) und beim Islam eine Mischung aus Minderheitenschutz und Sicherheitsbedenken (Angst vor Gewalt) zu einer hohen Sensibilität und zu rechtlichen/gesellschaftlichen Tabus führen, greifen diese Schutzmechanismen beim Christentum kaum.[34]

Die Olympia-Eröffnungsfeier 2024 in Paris enthielt „Szenen der Verspottung und Verhöhnung des

[27] Radio Dreyeckland (RDL): *Solidaritätserklärung für „linksunten": Strafbare Unterstützung eines verbotenen Vereins?*, 22.03.2019, https://rdl.de/beitrag/solidarit-tserkl-rung-f-r-linksunten-strafbare-unterst-tzung-eines-verbotenen-vereins (abgerufen am 01.07.2026).
[28] WDR / *Monitor*: *Über uns – Moderation und Team*, 16.01.2018, https://www1.wdr.de/daserste/monitor/ueberuns/moderation/index.html (abgerufen am 01.07.2026).
[29] Badische Zeitung: *Polizei durchsucht Räume von Radio Dreyeckland in Freiburg*, 17.01.2023, https://www.badische-zeitung.de/polizei-durchsucht-raeume-von-radio-dreyeckland-in-freiburg (abgerufen am 01.07.2026).
[30] Alexander Folz: *ZDF entschuldigt sich für Wortwahl „Happy Kadaver" zu Fronleichnam*, in: Catholic News Agency Deutsch (CNA Deutsch), 09.06.2026, https://de.catholicnewsagency.com/news/24659/zdf-entschuldigt-sich-fur-wortwahl-happy-kadaver-zu-fronleichnam (abgerufen am 01.07.2026).
[31] Theresia Kamp: *Wenn Medien gegenüber Christen Grenzen überschreiten*, in: *katholisch.de*, 17.02.2026, https://katholisch.de/artikel/67266-wenn-medien-gegenueber-christen-grenzen-ueberschreiten (abgerufen am 01.07.2026).
[32] Claudia Keller: *Kardinal Meisner rügt „Katholikenphobie" – Schreiben an Seelsorger im Erzbistum Köln, Kirchenvolksbewegung sieht Glaubwürdigkeitskrise*, in: *Der Tagesspiegel*, 09.02.2013, https://www.tagesspiegel.de/politik/kardinal-meisner-rugt-katholikenphobie-schreiben-an-seelsorger-im-erzbistum-koln-kirchenvolksbewegung-sieht-glaubwurdigkeitskrise-2214805.html (abgerufen am 01.07.2026).
[33] Franziska Harter: *Antichristlichen Hass bekämpfen*, in: *Die Tagespost*, 18.11.2025, https://www.die-tagespost.de/politik/antichristlichen-hass-bekaempfen-art-269291 (abgerufen am 01.07.2026).
[34] Während Darstellungen Mohammeds aus Angst vor islamistischer Gewalt zurückgenommen werden können – wie bei der Absage der Idomeneo-Aufführungen an der Deutschen Oper Berlin 2006 –, führen Antisemitismusvorwürfe zu vergleichbaren Konsequenzen, wie die Entfernung des „People's Justice" Werks auf der documenta fifteen 2022 zeigen.

Christentums“, wie sich die französische Bischofskonferenz ausdrückte und dabei Solidarität von zahlreichen Führern anderer Konfessionen erfuhr.[35] Dort wurde das letzte Abendmahl mit Drag Queens und Transgender-Models dargestellt. Der Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, Erzbischof Vincenzo Paglia, nannte es „eine blasphemische Verhöhnung einer der heiligsten Momente des Christentums“, Frankreichs Senatorin Valérie Boyer beschrieb es als eine „Vision unserer Geschichte, die darauf abzielt, die Christen lächerlich zu machen.“[36] Das Organisationskomitee der Olympischen Spiele wies die Kritik zurück und rechtfertigte das Vorgehen mit der Absicht, inklusiv zu sein. Inwiefern die Beleidigung religiöser Gefühle als „inklusiv“ betrachtet werden kann, bleibt fraglich.

Ein weiteres Beispiel liefern Kunstausstellungen wie „Du sollst dir ein Bild machen“, welche im Wiener Künstlerhaus von Oktober 2025 bis Februar 2026 zu sehen war. Um einen Eindruck der Darstellungen zu vermitteln, soll die Reaktion von Politikern zitiert werden. Die Bundes-ÖVP schrieb:

> „Die Darstellung der heiligen Mutter Maria als Transfrau, Palästina-Flaggen auf der Votivkirche, die Darstellung von Jesus Christus am Kreuz als Frosch. Das geht nicht. An alle Linken: Lasst unsere Religion in Ruhe. Religionsfreiheit hat ihre Grenzen – genauso wie die Freiheit der Kunst.“[37]

In eine ähnliche Kerbe schlug am selben Tag mit Judith Edelmann die Kultursprecherin der ÖVP Wien. Sie bezeichnete Teile „der Kunstschau als geschmacklos“, dazu würde es etwas Gleichartiges nie über den Islam geben, das würde ja keiner wagen, aber „beim Christentum werde immer gesagt, da geht es rein“.[38] Die Plattform Christdemokratie stellte an das Wiener Künstlerhaus die Frage:

> „Wäre es in Ihrem Haus denkbar, den Propheten Mohammed mit weiblichen Geschlechtsmerkmalen darzustellen? Würden Sie Thora-Rollen mit Latex überziehen oder mit Exkrementen beschmutzte Textilien als religiöse Symbole des Judentums ausstellen?“[39]

Es macht den Anschein, dass beim Topos der „Aufmerksamkeit durch Provokation“ im linken Kulturbetrieb nach den Regeln der „Cancel Culture“ die Verspottung des Christentums einer der letzten Bereiche geblieben ist, der ohne Verstoß gegen die „political correctness“ möglich bleibt. Christenfeindliche Motive sind eines der letzten verbliebenen „sicheren“ Provokationsfelder für Künstler in einer Ideologie, die ansonsten übersensibel bei jeglichen Ansätzen von diskriminierenden Tendenzen reagiert.

Auch in der Musikszene sind christenfeindliche Tendenzen verbunden mit linken politischen Einstellungen zu beobachten. Die Rapperin Ikkimel, welche 2026 auf einer Erste-Mai-Demonstration der Partei „Die Linke“ in Berlin auftrat, verhöhnt in Videobeiträgen eine Muttergottes-Statue durch Twerk-Bewegungen an derselben.[40] In dem Song „Who's That“ singt sie: „Wenn du willst, dass ich stoppe: nimm das Kreuz aus deiner Bio, du Fotze“.[41] Der Song „Sweet Baby Jesus“ verhöhnt den christlichen Glauben auf besonders verächtliche Weise durch sexuelle Anspielungen.[42] Die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek unterstützt Ikkimel, was durch ein gemeinsames Interview mit der Rapperin zum Ausdruck kommt.[43] Laut einer Anfrage der AfD-Bundestagsabgeordneten Carolin Bachmann bekam Ikkimel 2022 im Rahmen der „Initiative Musik” eine Projektförderung in Höhe von 17.301 €.[44]

Die politische Einseitigkeit des Kulturbetriebs wird bei den „Wiener Festwochen“ deutlich. 2025 wurden dort zwei ehemalige Linksterroristen der RAF, von denen einer wegen zweifachen gemeinschaftlichen Mordes in

[35] *Die Presse*: *War das wirklich eine „Abendmahl“-Parodie?*, 29.07.2024, https://www.diepresse.com/18710674/war-das-wirklich-eine-abendmahl-parodie (abgerufen am 01.07.2026).
[36] Ebd.
[37] Olga Kronsteiner: *ÖVP und FPÖ echauffieren sich über „Blasphemie“-Schau im Künstlerhaus*, in: *Der Standard*, 10.12.2025, https://www.derstandard.at/story/3000000299863/oevp-und-fpoe-echauffieren-sich-ueber-blasphemie-schau-im-kuenstlerhaus (abgerufen am 01.07.2026).
[38] Ebd.
[39] Plattform Christdemokratie / Jan Ledóchowski: *Beschwerdemeldung zur Ausstellung „Du sollst dir ein Bild machen“*, 27.11.2025, https://www.christdemokratie.at/beschwerdemeldung-zur-ausstellung-du-sollst-dir-ein-bild-machen/ (abgerufen am 01.07.2026).
[40] KathPlosiv: *RAPPERIN IKKIMEL verspottet MARIA die MUTTERGOTTES!*, 05.05.2026, https://www.youtube.com/watch?v=NT5wjFubYMY (abgerufen am 01.07.2026).
[41] Ikkimel: *Ikkimel – WHO'S THAT (prod. by Robbensohn | Offizielles Musikvideo)*, 25.06.2025, https://www.youtube.com/watch?v=ck-eUmKZAgs (abgerufen am 01.07.2026).
[42] Ikkimel: *SWEET BABY JESUS*, 23.11.2023, https://www.youtube.com/watch?v=e3DZkyoK6Qg (abgerufen am 01.07.2026).
[43] Heidi Reichinnek, MdB: *Heidi trifft… Ikkimel*, 05.06.2026, https://www.youtube.com/watch?v=dfTyfCDseGk (abgerufen am 01.07.2026).
[44] Axel Rittmann: *Männerfeindlicher Hedonismus*, in: *Zuerst! – Deutsches Nachrichtenmagazin*, Juli/August 2026, S. 77.

Tateinheit mit Geiselnahme verurteilt wurde, zur Podiumsdiskussion eingeladen, während 2026 der libertäre Tech-Milliardär Peter Thiel aufgrund von Künstlerprotesten wieder ausgeladen wurde. Das Programm ist nicht nur politisch linkslastig, sondern auch explizit christenfeindlich, was vom FPÖ-Kultursprecher Wendelin Mölzer wie folgt beschrieben wird:

> „Was uns hier als große Kunst verkauft wird, ist in Wahrheit eine respektlose Verhöhnung unserer christlichen Werte und Traditionen. Da lässt man nicht nur nackte Hexen um Monstertrucks tanzen, sondern zelebriert stundenlange, blasphemische Blutorgien am Schauplatz des berüchtigten ‚Orgien Mysterien Theaters'. Da turnen nackte Nonnen über die Bühne, christliche Rituale werden mit einer abstoßenden Schmutz-Ästhetik besudelt und Darstellerinnen an Kreuze geheftet – alles nur für billige Schockeffekte. Wenn der christliche Glaube mit Steuergeld derart in den Dreck gezogen wird und man Meisterwerke mit billigen KI-Spielereien verschandelt, weil es offenbar an echtem menschlichen Talent fehlt, dann ist das keine Kunst mehr."[45]

Die Kulturszene kann ohne staatliche Fördermittel häufig kaum agieren. Es handelt sich um politische Entscheidungen, das Wirken antichristlicher Künstler (und dazu noch solche mit insgesamt fragwürdigen Inhalten) finanziell zu unterstützen. Zu den Hauptsponsoren zählt die Stadt Wien. Im Jahr 2026 flossen für die *Wiener Festwochen* insgesamt 15 Millionen Euro Steuergeld.[46] Die staatliche Komponente bei der Förderung eines christenfeindlichen Gesellschaftsklimas soll im Folgenden noch näher beleuchtet werden.

Staatlich legitimierte Agitation gegen Christen durch europäische Regierungen

Die Subventionierung christenfeindlicher Agitationen mit Steuermitteln erstreckt sich mittlerweile auf viele Bereiche. Für Österreich ist hier besonders das *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands* (DÖW) zu nennen. Im „Rechtsextremismusbericht 2024" wird der (oft) christlich motivierte Einsatz für das Lebensrecht von ungeborenen Menschen und für eine „heteronormative Familie" problematisiert und in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt. Die Art und Weise, konservativen Christen in einem „Extremismusbericht" quasi staatsgefährdenden Charakter zuzusprechen, wird von der ÖVP-Nationalratsabgeordneten Gudrun Kugler als „linkes Narrativ" und „an Absurdität kaum zu überbieten" bezeichnet. Christliche und konservative Positionen seien weder rechts noch extrem, so die Politikerin.[47]

Die Verbindungen der Mitarbeiter des DÖW zur linksextremistischen Szene und der Antifa sind hinreichend dokumentiert: Judith Goetz war Spitzenkandidatin der KPÖ und hielt mehrere Vorträge bei der Antifa. Bernhard Weidinger trat in der Vergangenheit mit der Wiener Antifa-Aktivistin Julia Spacil bei den Grünen auf. Andreas Peham war Funktionär des Kommunistischen Studentenverbandes und publiziert u.a. im Antifaschistischen Infoblatt.[48] Die Kontakte des DÖW zur linksextremen Szene, welche – wie wir anschließend noch sehen werden – zu Gewalt aufruft sowie für Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe gegen Christen verantwortlich ist, sind für eine wissenschaftliche Institution zumindest fragwürdig. Die wissenschaftliche Arbeit des DÖW ist hinsichtlich Methodik, politischer Einordnung und wissenschaftlicher Unabhängigkeit wiederholt Gegenstand von Kritik und kontroverser Diskussion.[49] Ungeachtet dieser Kontroversen wird das DÖW mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert.

[45] Freiheitlicher Parlamentsklub (FPÖ): *Mölzer: „Wiener Festwochen waren ein sektenartiger Politkult auf Kosten der Steuerzahler"*, 26.06.2026, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260626_OTS0087/fpoe-moelzer-wiener-festwochen-waren-ein-sektenartiger-politkult-auf-kosten-der-steuerzahler (abgerufen am 01.07.2026).

[46] Junge Freiheit: *Wiener Festwochen eröffnen mit Wunderheiler und Satanisten-Band*, 26.05.2026, https://jungefreiheit.de/kultur/2026/wiener-festwochen-eroeffnen-mit-wunderheiler-und-satanisten-band/ (abgerufen am 01.07.2026).

[47] Die Tagespost, „‚An Absurdität kaum zu überbieten': Rechtsextremismusbericht nennt ÖVP-Politikerin Kugler", 25.01.2025, https://www.die-tagespost.de/politik/an-absurditaet-kaum-zu-ueberbieten-rechtsextremismusbericht-nennt-oevp-politikerin-kugler-art-259885 (abgerufen am 02.07.2026).

[48] Monika Šimić: *Das sind die österreichischen „Rechtsextremismusexperten"*, in: *FREILICH Magazin*, 27.08.2023, https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/das-sind-die-oesterreichischen-rechtsextremismusexperten (abgerufen am 01.07.2026).

[49] Aktuell findet eine Debatte um die „Pseudowissenschaftlichkeit" des DÖW statt. Die derartige Bezeichnung der wissenschaftlichen Arbeit des DÖW wurde nach vorherigen positiven Urteilen zuletzt vom Obersten Gerichtshof im Juli 2026 als nicht hinreichend tatsachengestützt beurteilt. Die politische Einordnung des DÖW als „kommunistische Tarnorganisation" wurde in einem Urteil des Oberlandesgerichts Wien aus dem Jahr 1998 als zulässiges Werturteil eingestuft.

Allein der Bund stellte 2025 einen Stiftungsbeitrag von 855.000 Euro bereit.[50]

Neben staatlicher finanzieller Förderung und dementsprechender Legitimierung christenfeindlicher Inhalte werden in gesamteuropäischer Perspektive zunehmend gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, welche die freie Religionsausübung von Christen beschneiden. In Finnland wurde die Politikerin Päivi Räsänen gerichtlich verurteilt, da sie die biblische Lehre zu Homosexualität in einer Broschüre beschrieben hatte. Besonders bemerkenswert: Das Gesetz, gegen das sie verstoßen hatte, wurde über ein Jahrzehnt nach Veröffentlichung der Broschüre verabschiedet.[51] In Birmingham, England, wurde am 17. Dezember 2025 Isabel Vaughan-Spruce strafrechtlich angeklagt. Der Grund: Sie stand still in einer „Pufferzone" rund um eine Abtreibungsklinik; die Polizei vermutete, sie könnte in ihren Gedanken beten.[52] Mehrere Christen werden aufgrund der „Schutzzonen-Gesetze" mittlerweile strafrechtlich verfolgt, so auch der Brite Adam Smith-Connor, weil er in der Nähe einer Abtreibungsklinik mit gesenktem Kopf still betete, eine Geste, die das Gericht als „Beeinflussung" wertete.[53] Dies muss besonders deshalb als Einschränkung der freien Religionsausübung gewertet werden. Diesen Umstand beschrieb der Katholik Mathias von Gersdorff wir folgt:

> „der Einsatz in der Öffentlichkeit für das Recht auf Leben der ungeborenen Kinder […] vor allem für die jüngeren Generationen von Christen – stärker bei Katholiken, aber auch bei Evangelikalen – fast zu einem Teil ihres Glaubensbekenntnisses geworden [ist]."[54]

Die Kriminalisierung von friedlich betenden Menschen stellt zudem grundlegende Prinzipien der freiheitlichen Demokratie infrage. Laut Dr. Böllmann (ADF) geraten christliche Positionen auch in Deutschland institutionell zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Zum Beispiel mussten die Lebensrechtsgruppen in Aachen, Regensburg und Heidelberg um verbriefte Rechte wie Versammlungs- und Religionsfreiheit vor Gericht kämpfen. Politisch hat der deutsche Gesetzgeber 2024 mit der Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes versucht, sogenannte Bannmeilen um Beratungsstellen zu schaffen – obwohl keine Fälle rechtlich relevanter Belästigungen von Schwangeren dokumentiert waren.[55]

Dass Regierungen in Europa bereits teilweise aus Personen bestehen, die mit christlicher Tradition nichts anfangen können, scheint in diesem Kontext nicht verwunderlich: Die damalige Kulturstaatsministerin in Deutschland, Claudia Roth (Grüne), forderte ein Bibelzitat auf dem Berliner Stadtschloss zu überblenden, da es der „Weltoffenheit" widerspreche und einen Alleingültigkeitsanspruch des Christentums postuliere. Der kulturpolitische Sprecher der Grünen, Erhard Grundl, forderte gar eine Entfernung der Inschrift.[56] Genauso zeigt sich ausgeprägtes Desinteresse gegenüber der weltweiten Christenverfolgung. Ein Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag für einen Internationalen Tag gegen die Christenverfolgung wurde von den übrigen Parteien mit der Begründung abgelehnt, das Schicksal verfolgter Christen würde dadurch instrumentalisiert und Islamfeindlichkeit geschürt.[57] Bereits im Jahr 2020 wurde ein Bundesbeauftragter für Christenverfolgung abgelehnt.[58]

[50] Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung: Bericht über Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 2025, Projektnummer BMBWF20250338471.
[51] Initiative Christenschutz: *Religiöse Bekenntnisfreiheit: Was darf man als Christ noch sagen? Finnische Ex-Ministerin wegen ihrer christlichen Position zur Homosexualität verurteilt*, 08.04.2026, https://www.christenschutz.de/religioese-bekenntnisfreiheit-was-darf-man-als-christ-noch-sagen-finnische-ex-ministerin-wegen-ihrer-christlichen-position-zur-homosexualitaet-verurteilt/ (abgerufen am 01.07.2026).
[52] ADF International: *Isabel Vaughan-Spruce – Großbritannien*, o. D., https://adfinternational.org/en-gb/cases/isabel (abgerufen am 01.07.2026).
[53] ORF Religion: *Bericht über christenfeindliche Straftaten,* 17.11.2025, https://religion.orf.at/stories/3232938/ (abgerufen am 01.07.2026).
[54] Mathias von Gersdorff (Hrsg.), *Linke Gewalt gegen Lebensrechtler – Antifa marschiert*. Mit Beiträgen von Elias Burow, Felizitas Küble und Heiner Lünig, 1. deutsche Ausg., Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK) e.V. / Aktion „SOS Leben", 2026. S. 13.
[55] Sandro Serafin: *Heute geraten christliche Positionen in Bedrängnis – und morgen jede andere Meinung* (Interview mit Felix Böllmann), in: *Junge Freiheit*, 07.05.2026, https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2026/heute-geraten-christliche-positionen-in-bedraengnis-und-morgen-jede-andere-meinung/ (abgerufen am 01.07.2026).
[56] Katholisch.de (KNA): *Grünen-Sprecher: Bibelzitate von Berliner Stadtschloss entfernen*, 03.11.2022, https://katholisch.de/artikel/41846-gruenen-sprecher-bibelzitate-von-berliner-stadtschloss-entfernen (abgerufen am 01.07.2026).
[57] Deutscher Bundestag: *AfD-Antrag auf Tag gegen Christenverfolgung ohne Mehrheit*, in: *Heute im Bundestag (hib)*, 11.10.2023, https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-971094 (abgerufen am 01.07.2026).
[58] Katholisch.de (KNA): *Bundestag lehnt Beauftragten für Christenverfolgung in Deutschland ab*, 17.12.2020, https://katholisch.de/artikel/28025-bundestag-lehnt-beauftragten-fuer-christenverfolgung-in-deutschland-ab (abgerufen am 01.07.2026).

Die beschriebenen Entwicklungen in Medien, Kultur und Politik können zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, in dem Anfeindungen und Straftaten gegen Christen begünstigt werden. Welche Auswirkungen diese Entwicklungen langfristig auf die Religionsfreiheit und die gesellschaftliche Stellung von Christen in Europa haben werden, lässt sich gegenwärtig nicht abschließend beurteilen; eine Verschlechterung ist bei gleichbleibenden Dynamiken allerdings sehr wahrscheinlich. Unabhängig davon zeigen zahlreiche Vorfälle, dass Christen bereits heute Ziel ideologisch motivierter Übergriffe werden.

Linke Gewalttaten gegen Christen

Die Dokumentationsplattform *christenschutz.at* berichtet regelmäßig über entsprechende Vorfälle gegen Christen in Österreich. Soweit den Berichten eine Zuordnung der Tatmotive möglich ist, sind diese überwiegend einem islamistischen oder linksextremistischen Hintergrund zuzuschreiben. Dokumentiert werden unter anderem Fälle von Vandalismus gegen Kirchen, Beleidigungen christlicher Lehrkräfte und Schüler, körperliche Angriffe sowie öffentliche Gewaltaufrufe gegen Christen. Die Häufung solcher Vorfälle vermittelt den Eindruck, dass Gewalt und Feindseligkeit gegenüber Christen zunehmende Normalisierung erfahren. In diesem Kapitel sollen linksideologisch motivierte Gewalttaten gegen Christen näher untersucht werden.

Für linksextreme Gruppen gilt der Kampf gegen den als „faschistisch" verstandenen politischen Gegner vielfach als legitim, wobei der Faschismusbegriff häufig alle Akteure umfasst, deren Positionen der eigenen Ideologie widersprechen. Dass nämlich Personen, die historisch dem Nationalsozialismus entgegenstanden, in dieses Feindbild eingeordnet werden können, zeigt ein Vorfall beim Pro-Life-konnotierten „1000-Kreuze-Marsch" in Münster im Jahr 2024: Die Statue des Kardinals Clemens August Graf von Galen, der als früher Kritiker Hitlers mit seinen Predigten gegen das nationalsozialistische Euthanasieprogramm mutig hervortrat, wurde dort von Linksextremisten mit Schmierereien versehen.[59]

Dass konservative Christen als politische Gegner der Linken gelten, zeigt sich besonders deutlich im Bereich des Lebensschutzes. Obwohl der Schwangerschafts-abbruch nach deutschem Recht grundsätzlich rechtswidrig bleibt und das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1993 den Staat verpflichtet hat, den Schutz ungeborenen Lebens durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten und auf eine Verringerung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche hinzuwirken, sind Personen, die sich öffentlich für den Lebensschutz einsetzen, teilweise erheblichen Anfeindungen und Angriffen von linker Seite ausgesetzt. [60]

Der „Marsch für das Leben" wurde in den vergangenen Jahren wiederholt von linksextremen Protestaktionen und Straftaten begleitet. Im Vorfeld der Veranstaltung in Wien im Jahr 2025 veröffentlichten Aktivisten ein Video mit dem Titel „Marsch fürs Leben zum Desaster machen – Queerfeminismus in die Offensive", in dem unter anderem Farbanschläge auf eine Wiener Kirche sowie Graffiti an Wohnhäusern mit der Aufschrift „Fundis abtreiben" dokumentiert wurden. Parallel zu diesen Sachbeschädigungen wurde während der Eröffnungsmesse des Marsches eine Attrappe einer Bombe mit einer tickenden Zeitschaltuhr entdeckt. Die Wiener Karlskirche wurde daraufhin geräumt und Sprengstoffexperten hinzugezogen, bevor festgestellt wurde, dass keine Explosionsgefahr bestand.[61]

Auch die Mobilisierung für die linke Gegendemonstration „Marsch für 'n Arsch" bediente sich wiederholt gewaltbezogener Bildsprache. Das Werbeplakat des Jahres 2026 zeigte den brennenden Wiener Stephansdom.[62] Das Motiv aus dem Jahr 2024 stellte eine überdimensionierte Person mit queerfeministischer Symbolik dar, die in einer Hand einen Eispickel hielt und mit der anderen eine kleine, verängstigt wirkende Figur mit einem Kreuz auf der Brust und einer österreichischen Fahne emporhob.[63] Diese gewaltaufrufende Werbegrafik wurde unter anderem von den Wiener Grünen in den sozialen Medien geteilt.[64]

[59] Von Gersdorff (Hrsg.), *Linke Gewalt gegen Lebensrechtler*, S. 29.
[60] Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. Mai 1993 zum § 218: Leitsätze (Wortlaut) | Blätter für deutsche und internationale Politik.
[61] Exxpress.at, „Bombenalarm in der Karlskirche: Angriff auf Lebensschützer", 4. Oktober 2025, https://exxpress.at/news/bombenalarm-in-der-karlskirche-angriff-auf-lebensschuetzer/ (abgerufen am 25.08.2026).
[62] Instagramkanal von „Marsch für 'n Arsch": https://www.instagram.com/marschfuernarsch_w/ (abgerufen am 02.07.2026).
[63] Christenschutz.at, „Berichte von Betroffenen", https://www.christenschutz.at/berichte_von_betroffenen (abgerufen am 02.07.2026).
[64] Jan Ledóchowski, „Marsch fürs Leben: Grüne rufen zu gewaltbereiten Protesten auf", 5. Oktober 2024, https://www.ledochowski.at/2024/10/05/marsch-fuers-

Mathias von Gersdorff (Hrsg.) beschreibt in dem Buch *Linke Gewalt gegen Lebensrechtler – Antifa marschiert* eine Vielzahl von Vorfällen, die sich gegen Akteure der Lebensschutzbewegung richten. Über 60 Seiten dokumentieren Erfahrungsberichte von linken Übergriffen der vergangenen Jahre. Diese umfassen unter anderem Sachbeschädigungen, Einschüchterungen durch Gewaltandrohungen sowie körperliche Angriffe auf Lebensschützer. Im Folgenden werden daraus ausgewählte Fälle dargestellt, um die Tragweite linker Ideologien aufzuzeigen:[65]

Am 16. September 2023 wurde der „Marsch für das Leben" in Köln stundenlang von Gegendemonstranten blockiert. Es erfolgten mehrere gewalttätige Angriffe gegen die Lebensschützer, so wurde beispielsweise der Leiter von „Sunday for Life" angegriffen und getreten. Die Kamera eines weiteren Pro-Life-Aktivisten wurde bei einer Attacke beschädigt, dabei erlitt dieser auch eine schwere Verletzung am Fuß, weshalb eine Behandlung in der Notaufnahme notwendig war.

Elias Burow erzählt von mehreren Fällen von Gewaltandrohung, Beleidigungen, Nachstellungen, Sachbeschädigungen und Einschüchterungen in Aachen in den Jahren 2024 und 2025. Diese reichen von Bedrohungssituationen in der Nacht („Komm raus, wir wissen, wo du wohnst!") bis hin zu Farbanschlägen auf Fassaden und Autos. Heiner Lünig berichtet von lauten Beschimpfungen, Anspucken und Sachbeschädigungen in Trier 2025. In Münster entpuppte sich ein Journalist, der sich unter Vorwänden unter die Teilnehmer gemischt hatte, als gewaltbereiter Antifa-Extremist. Das friedliche Gebet der Teilnehmer wurde dort mit Mittelfingern, Beleidigungen und Schreien, Trommeln und Pfeifen begleitet. Es folgten Hetzjagden durch die Stadt, verbunden mit Gewaltandrohung und Einschüchterungsversuchen.

Die starke Antipathie gilt anscheinend nicht nur einzelnen Positionen von konservativen Christen, sondern dem Christentum als solchem. Dies zeigte sich beispielsweise 2018, als bei den „40 Tagen für das Leben" betende Menschen nicht nur mehrmals körperlich attackiert wurden, sondern von linker Seite als „Gegenveranstaltung" eine satanische schwarze Messe mit geklauten Rosenkränzen und Bibeln gelesen wurde. Demonstrationen finden stets unter Polizeischutz statt, teilweise müssen die Lebensschützer von Polizisten umringt werden und bis zu den Autos begleitet werden, damit Angriffe verhindert werden können. Die Polizei schätzte beispielsweise in Göttingen 2025 die Situation für Pro-Life-Aktivisten als so gefährlich sein, so dass geraten wurde, aus Sicherheitsgründen die Aktion abzubrechen. Ein erschreckender Angriff auf die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Im Jahr darauf ereignete sich in Göttingen ein ähnlicher Vorfall bzw. eine weitere Eskalation:

Bei einer angemeldeten Gebetsaktion von etwa 20 bis 40 Lebensschützern bildete sich ein spontaner Gegenprotest, der versuchte, eine von den Einsatzkräften gebildete Absperrkette zu durchbrechen, um zu den Betenden vorzudringen. Dabei wurden zwölf Polizisten verletzt. Schließlich wurden die Lebensschützer, nachdem Eingänge, Ausgänge und Treppen des Parkhauses bewacht werden mussten, mit einer Wagenkolonne von der Polizei in Sicherheit gebracht.[66]

Nach 26 Antifa-Angriffen musste ein christliches Café einer konservativen Freikirche in Leipzig schließen. Im Antifa-Szeneportal *Indymedia* rechtfertigten Linksextremisten ihre Taten 2023 damit, dass das Café von „fundamentalistischen" und „erzkonservativen" Christen betrieben werde und für „Queerfeindlichkeit und Misogynie" stehe. Daher müsse es „in den Ruin" getrieben werden.[67] Bis heute gebe es keine politische Anerkennung als Angriff auf die Religionsfreiheit, beklagte der Pastor der Freikirche. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Lehmann betonte, er teile die Einschätzung der Stadt, „dass es in Leipzig keine Anhaltspunkte für eine grundsätzliche Beeinträchtigung der christlichen Religionsausübung" gebe.[68] Ob die Einschätzung dieselbe wäre, würde ein islamisches oder jüdisches Café nach dutzenden Angriffen schließen müssen, darf begründet bezweifelt werden; jedenfalls zeigt dies, dass christenfeindliche Agitationen auch von der politischen Mitte aktuell nicht wahrgenommen werden; die „Christlich-sozialen" haben häufig linke Wahrnehmungsmuster bereits verinnerlicht. Angesichts der beschriebenen Vorfälle von antichristlich motivierter

leben-gruene-rufen-zu-gewaltbereiten-protesten-auf/ (abgerufen am 02.07.2026).

[65] Folgendes entnommen aus: Von Gersdorff (Hrsg.), *Linke Gewalt gegen Lebensrechtler.*

[66] Christliches Forum: „Göttingen: Linksextreme gegen christliche Gebetsaktion – Zwölf verletzte Polizisten", 17.08.2026, https://christlichesforum.info/goettingen-linksextreme-gegen-christliche-gebetsaktion-zwoelf-verletzte-polizisten/ (abgerufen am 20.08.2026).

[67] Christliches Forum: „Christliches Café schließt nach 26 Antifa-Angriffen", 01.06.2026, https://christlichesforum.info/christliches-cafe-schliesst-nach-26-antifa-angriffen (abgerufen am 02.07.2026).

[68] Sandro Serafin, „Linksextreme Anschläge auf Kirchencafé: Stadt vollzieht Kehrtwende" in: *Junge Freiheit*, 4. Juni 2026, https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2026/linksextreme-anschlaege-auf-kirchencafe-stadt-vollzieht-kehrtwende/ (abgerufen am 02.07.2026).

Kriminalität soll zu einer stärkeren Sensibilität für Christenfeindlichkeit in Zivilgesellschaft, Politik, Medien und Kultur aufgerufen werden. Hierzu müssen auch die Konsequenzen linker Ideologie stärker analysiert und kritisiert werden.

Handlungsempfehlungen

Aus der vorangegangenen Bestandsaufnahme ergeben sich mehrere Handlungsfelder, auf denen sowohl staatliche Institutionen als auch die Zivilgesellschaft aktiv werden können, um der beschriebenen Entwicklung entgegenzuwirken.

- *Statistische Erfassung verbessern*

Wie gezeigt, werden antichristliche Straftaten in Deutschland derzeit nur dann gesondert erfasst, wenn ein eindeutig politisches Motiv nachweisbar ist; auch in anderen Ländern fehlt eine Erfassung wie dies bei antimuslimischen und antisemitischen Straftaten der Fall ist. Eine eigene Erfassungskategorie würde die tatsächliche Dimension des Problems erst sichtbar machen und wäre die Voraussetzung für jede weitere politische Maßnahme. OIDAC und COMECE haben entsprechende Forderungen bereits formuliert; diese sollten von nationalen Parlamenten aufgegriffen werden.

- *Institutionalisierte Ansprechstellen schaffen*

Während Brüssel (zurecht) erhebliche Ressourcen für die Bekämpfung antisemitischer und antimuslimischer Hasskriminalität bereitstellt, wird christenfeindliche Gewalt in den Berichten der EU-Grundrechteagentur ausgeblendet. Zwar gibt es EU-Koordinatoren für Antisemitismus und antimuslimischen Hass, doch fehlt trotz zahlreicher Forderungen bis heute eine vergleichbare Stelle für christenfeindliche Übergriffe. Dies sollte, ebenso wie die bisherige Ablehnung von Beauftragten für Christenfeindlichkeit auf nationaler Ebene (wie in Deutschland), dringend überdacht werden.

- *An das Verantwortungsbewusstsein der Medien appellieren*

Öffentlich-rechtliche Sender sollten sich – wie es für andere Religionsgemeinschaften bereits gilt – interne Richtlinien zum respektvollen Umgang mit religiösen Symbolen und Glaubensinhalten geben. Außerdem sollten politische Entscheidungsträger und Personen des öffentlichen Lebens Medienschaffende gezielt auffordern, angesichts der weltweiten Christenverfolgung Verantwortung wahrzunehmen und das gesellschaftliche Bewusstsein für Christen als Opfergruppe zu schärfen.

- *Kulturförderung an Kriterien binden*

Öffentliche Kulturförderung sollte diskursoffen bleiben, aber nicht bedingungslos. Wo mit Steuermitteln geförderte Produktionen gezielt eine Glaubensgemeinschaft verhöhnen, ist eine Debatte über Förderkriterien legitim – so wie sie bei vergleichbaren Fällen mit Bezug auf andere Gruppen selbstverständlich geführt würde.

- *Versammlungs- und Religionsfreiheit konsequent schützen*

Die geschilderten Fälle von Gewalt gegen Teilnehmer von Lebensschutzkundgebungen zeigen einen Schutzauftrag, dem der Staat stärker nachkommen muss. Zugleich sollten Gesetze so gefasst werden, dass die freie Religionsausübung, z.B. in Form von friedlichem Gebet vor Abtreibungskliniken, gewährleistet wird und politisch das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit bei Christen wieder in vollkommener Weise wahrgenommen werden kann.

- *Bekämpfung und Verbot von linksextremen Antifa-Gruppierungen*

Ein konsequentes Vorgehen gegen gewaltorientierte linksextremistische Gruppierungen ist dringend anzuraten. Bei einzelnen Organisationen oder Vereinigungen im Bereich der Antifa sollte geprüft werden, ob vereinsrechtliche Maßnahmen bis hin zu einem Verbot nach geltendem Recht in Betracht kommen. Ziel sollte es sein, die Grundrechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit unabhängig von der politischen oder religiösen Überzeugung der Betroffenen wieder wirksam zu schützen.

- *Gesellschaftliche Allianzen zum Schutz des Christentums in Europa*

Da Christenfeindlichkeit in Europa – anders als Antisemitismus oder antimuslimischer Rassismus – bislang kaum als eigenständiges gesellschaftliches Problem anerkannt ist, könnte eine bewusste Bündnisbildung zwischen Bund, Ländern, Parteien, Kirchen, Sicherheitsbehörden sowie anderen Religionsgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen helfen, das Thema aus der (vermuteten rechten) politischen Ecke zu holen und als allgemeines Anliegen des Schutzes von Religionsfreiheit zu positionieren.

Dazu gehören unter anderem die Förderung von Präventionsmaßnahmen, die finanzielle Unterstützung für notwendige Sicherheitstechnik an gefährdeten Einrichtungen sowie eine konsequente strafrechtliche Verfolgung christenfeindlicher Straftaten. Eine solche Initiative würde ein deutliches Signal setzen, dass der Schutz

der Religionsfreiheit auch für Christen ernst genommen und Angriffe gegen dieses Recht entschlossen geahndet werden, was wiederum Präventivwirkung erzeugen könnte.

Schlussbemerkung

Die in dieser Arbeit genutzten Quellen stammen zum Teil aus dem christlich-konservativen Spektrum sowie aus alternativen Medien, die als politisch rechts eingeordnet werden können. Diese Auswahl impliziert keine ideologische Positionierung des Autors. Sie ergibt sich vielmehr aus der Notwendigkeit der Gegenstandsanalyse, da die untersuchte Problematik in den etablierten Leitmedien quantitativ unterrepräsentiert ist.

Nicht die politische Verortung des jeweiligen Mediums ist ausschlaggebend, sondern der empirische Wahrheitsgehalt der dokumentierten Vorfälle. Eine pauschale Kritik an der Quellenwahl greift daher zu kurz, sofern sie die inhaltliche Richtigkeit der Berichte unberücksichtigt lässt.

Die einseitige mediale Abdeckung untermauert zusätzlich die These, dass Mainstream-Medien auf-grund linker politischer Gesinnung das Phänomen der Christenfeindlichkeit kaum thematisieren, sondern tendenziell aktiv dazu beitragen.